

Niederschrift zur 51. öffentlichen Sitzung des Beirates am Donnerstag, dem 10. Februar 2011 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Weserstraße 75, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 21.00 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Aktionsprogramm Bremer Modernisieren, Stadtteilorientierte Kampagne 2011
3. Weitere Nutzung Haus Hügel
4. Aufbau des Weihnachtsmarktes auf dem Sedanplatz
5. Anträge und Anfragen der Parteien
6. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
7. Mitteilungen der Beiratssprecherin
8. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Bless, Klaus-Dieter
Borchers, Torsten
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Frenzel, Greta
Keßenich, Gundram
Pörschke, Thomas
Riebau, Joachim
Scharf, Detlef
Schmidt, Wolfgang
Spiegelhalter-Jürgens, Iris
Sprehe, Heike
Sulimma, Wilfried (ab 18.35 Uhr)
Wemken, Manfred

Es fehlten:

Jäckel, Gabriele
Tegeler, Henning

Sonstige Teilnehmer:

Frau von Glahn (Stadtamt Bremen)
Herr Grocholl (Bremer Energie-Konsens GmbH)
Herr Klauner (Verein für Innere Mission in Bremen)
Frau Morgenstern (Großmarkt Bremen GmbH)
Herr Reetz (Verein für Innere Mission in Bremen)

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer. Die Einladung ist form- und fristgerecht zugegangen. Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, die Tagesordnung wird wie vorliegend beschlossen.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Bürgeranträge liegen nicht vor.

Tagesordnungspunkt 2

Aktionsprogramm Bremer Modernisieren, Stadtteilorientierte Kampagne 2011

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Grocholl, Geschäftsführer der Bremer Energie-Konsens GmbH, und führt in die Thematik ein.

Herr Grocholl stellt die Bremer Energie-Konsens GmbH und ihre Aufgaben vor. Der Energiekonsens ist eine gemeinnützige Klimaschutz- und Energieagentur im Land Bremen. Die Agentur arbeitet seit 1997 und hat bereits 450 Projekte realisiert. Sie ist Ansprechpartner für Kommunen, Unternehmen und Bürger. Ihr Ziel ist es, CO₂- und andere Emissionen zu reduzieren. Die Mitarbeiter informieren, beraten, fördern, unterstützen und qualifizieren. Ein Schwerpunkt ist hierbei z.B. die Altbausanierung. Monatlich wird eine Übersicht der bestehenden Fördermöglichkeiten zusammengestellt. Eine Hotline steht Interessierten für Basisinformationen zur Verfügung.

Bisher hat die Bremer Energie-Konsens GmbH zentral landesweit gewirkt. Neu sind nun die stadtgebietsbezogenen Kampagnen. Da mit den Modellprojekten Findorff und Walle gute Erfolge erzielt wurden, wird das Projekt weiter ausgerollt, nunmehr auch für Bremen-Nord. Mit der dezentralen Herangehensweise möchte die Agentur die Bürger vor Ort besser erreichen, eine gute Mund-zu-Mund-Propaganda soll erzielt werden.

Der Bremer Energiekonsens bietet aus einer Hand neutrale und strukturierte Informationen für Hausbesitzer, um die Sanierungsrate zu steigern.

Das Angebot besteht aus mehreren Bausteinen. Ein erster Baustein ist der sog. Energiecheck, eine Kurzberatung vor Ort, bei der eine erste Einschätzung abgegeben wird. Dieser Check kostet 50 Euro und wird mit 25 Euro gefördert. Mit einem weiteren Baustein wird eine ausführliche Gebäudeenergieberatung angeboten. Sie hat zum Ziel nach einer detaillierten Beratung, den Eigentümern einen sog. Modernisierungsfahrplan zur Verfügung zu stellen. Diese Beratung kostet ca. 800 bis 850 Euro und wird ebenfalls bezuschusst. Eine Evaluierung hat gezeigt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen von den Hausbesitzern größtenteils umgesetzt werden. Des Weiteren werden Modellprojekte gezeigt, sanierte Häuser können besichtigt werden. Die Kampagne für Bremen-Nord beginnt am 11. März 2011 mit einem Presseauftakt auf dem Sedanplatz und endet am 31. Mai 2011. Es ist geplant, Projekte mittels Stelen im Stadtteil zu präsentieren. Infopoints, z.B. in der Sparkasse, werden eingerichtet. Es werden Modernisierungstreffe, Hausbesitzer zeigen ihre sanierten Häuser, und Dämmerschoppen, Vorstellung noch nicht sanierter Häuser mit geplanten Maßnahmen, angeboten. Darüber hinaus bietet der Energiekonsens Informationen und Veranstaltungen für Gruppen an. Interessenten können sich melden, so dass ein Referent gestellt wird.

In die Kampagne und bei den Maßnahmen sollen auch die Handwerker eingebunden werden. Informationen zu der Kampagne der Bremer Energie-Konsens GmbH können im Internet unter www.bremer-modernisieren.de im Internet eingesehen werden.

Zu den Nachfragen von Frau Spiegelhalter-Jürgens teilt Herr Grocholl mit, dass die Beratung zu Solartechnik nicht Bestandteil der Kampagne ist. Hierzu gibt es in Bremen eine weitere kostenlose Beratungsstelle. Das Investitionsvolumen für ein Einfamilienhaus beträgt durchschnittlich 37.000 Euro. Das Land Bremen bietet eine konstante Förderkulisse. Die Förderungen des Bundes hingegen sind wechselhaft.

Herr Buchholz spricht die Finanzierung der Maßnahmen und die Vernetzung mit Geldinstituten, wie Sparkassen und Bausparkassen, an.

Da die Agentur gemeinnützig arbeitet, bietet sie keine konkrete Finanzberatung an, mit ihren Informationen möchte sie allerdings ein niedrigschwelliges Angebot bieten und Hemmschwellen abbauen. Insbesondere Hausbesitzer über 60 Jahren möchten oder können keine Kredite aufnehmen.

Frau Sprehe lobt die Aktion und fragt, in welchem Zeitraum sich die Investitionen amortisiert haben.

Da die Maßnahmen ganz unterschiedlich sind und alle Bereiche des Hauses betreffen können, kann diese Frage nicht konkret beantwortet werden.

Herr Scharf kritisiert wie kompliziert es ist, Förderungen zu beantragen. Wie er werden viele auf Grund dieser Schwierigkeiten auf eine Förderung verzichten.

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende bei Herrn Grocholl für seine Ausführungen. Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3

Weitere Nutzung Haus Hügel

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Klauner (Kaufmännischer Vorstand des Vereins für Innere Mission in Bremen) und Herrn Reetz (Bereichsleiter Wohnungslosenhilfe des Vereins) und bittet sie die Planungen der Inneren Mission zum Haus Hügel vorzustellen.

Zunächst stellt Herr Reetz die Konzeption des Isenbergheims vor. Sie wird den Beiratsmitgliedern zudem schriftlich zur Verfügung gestellt. Das Isenbergheim bietet 35 Plätze für erwerbslose, alleinlebende Männer. Sie sind im Durchschnitt 60 bis 70 Jahre alt und teilweise in ihren Bewegungen eingeschränkt, allerdings nicht pflegebedürftig. Einige der Bewohner sind nasse Alkoholiker, das Haus damit keine Therapieeinrichtung, dennoch soll eine klare Tagesstruktur etc. vorgegeben werden. Das Isenbergheim in der Neustadt ist in seiner Nachbarschaft gut integriert. Die Bewohner werden von einem Sozialpädagogen, 5 Erziehern, 3,5 Hauswirtschaftskräften und einem Hausmeister mit halber Stelle betreut. In der Nachtbereitschaft arbeiten 5 Mitarbeiter auf Basis einer geringfügigen Beschäftigung. Das Isenbergheim erfüllt nicht mehr die Mindestbestimmungen für einen Heimbetrieb. Eine Sanierung ist dringend notwendig. Aus diesem Grund hat die Innere Mission nach einer Übergangslösung für die Zeit der Sanierung gesucht. In der Innenstadt konnten keine Alternativen gefunden werden. Das Haus Hügel mit seinem Park ist als Zwischenlösung gut denkbar und nach einer ersten Begehung mit der Heimaufsicht möglich. Das Haus würde Platz für 20 bis 25 Bewohner bieten. Die übrigen 10 bis 15 Männer, insbesondere die mobilen aus dem Isenbergheim könnten im Jakobushaus untergebracht werden. Zur Realisierung dieser Zwischenlösung müssen die befristete Nutzungsänderung genehmigt werden, der Brandschutz geprüft und mit den Behörden verhandelt werden. Da sich die Bewohner im Isenbergheim wohl fühlen, müssen Sie von dem Umzug noch überzeugt werden. Die Unterbringung wird für ca. ein Jahr erfolgen. Die Innere Mission kann für die Maßnahme auf gute Erfahrungen im Zusammenhang mit der Sanierung des Adelenstifts zurückblicken.

Herr Buchholz wünscht die Vorstellung einer Gesamtkonzeption. Seine Fraktion hat erhebliche Bedenken, einer Zwischennutzung zuzustimmen, ohne dass eine Gesamtkonzeption mit Folgenutzung existiert. Des Weiteren spricht er die mangelhafte Anbindung des öffentlichen Personennahverkehrs zum Haus Hügel an.

Herr Klauner berichtet von dem Engagement der Inneren Mission in den Bereichen der Altenpflege und psychosozialen Betreuung.

Die Innere Mission hätte das Haus Hügel gerne von der Bremischen Evangelischen Kirche gekauft, die Immobilie konnte allerdings nur gepachtet werden. Auf Grund der baulichen Substanz und der damit verbundenen Kosten für eine Sanierung kann das Haus nicht weiter als Bildungstagesstätte betrieben werden.

Die Innere Mission plant die Erstellung eines Hospizes. Da zzt. ein Hospiz gebaut und ein weiteres in der Planung ist, wird die Maßnahme für das Haus Hügel zurückgestellt. Das Haus Hügel soll Platz für 12 Hospizplätze bieten. Durch die zeitliche Verschiebung ist Raum für eine Zwischennutzung entstanden.

Herr Reetz legt dar, dass mit der Wahl des Hauses Hügel eine Kompromisslösung gefunden wurde. Die Innere Mission kann Kleingruppen mit eigenen Fahrzeugen z.B. in das Zentrum fahren. Einige Bewohner, die dies wünschen, können im Jakobushaus zentral untergebracht werden.

Frau Sprehe kritisiert, dass Informationen zur Nutzung des Haus Hügels zunächst nur über die Kirchenzeitung kommuniziert und nicht direkt an das Ortsamt und den Beirat herangetragen wurden. Weitere Informationen, auch für die Bevölkerung und die Nachbarn des Hauses Hügel sind wichtig.

Sie bedauert, dass die Tagungsstätte auch bei zuletzt guter Auslastung nicht weiter betrieben wird.

Herr Reetz merkt an, dass keine drogenabhängigen Männer untergebracht werden. Auch stellt das Haus keine Notunterkunft dar. Die Anwohner bewohnen bereits langjährig das Isenbergheim. Sie verbringen in dem Haus ihren Lebensabend und werden bei einer Pflegebedürftigkeit in Pflegeheime vermittelt.

Auf die von Frau Sprehe eingewandte Infrastruktur für die Betroffenen gibt Herr Reetz an, dass es insbesondere für nasse Alkoholiker sinnvoll sein kann, Alkohol nicht in unmittelbarer Nachbarschaft kaufen zu können.

Herr Borchers spricht sich für ein langfristiges Projekt, wie z.B. ein Mehrgenerationenhaus, aus.

Alternativplanungen zu der Realisierung eines Hospizes werden von der Inneren Mission nicht verfolgt.

Herr Pörschke äußert sein klares Bekenntnis zur Arbeit der Inneren Mission.

Bildungseinrichtungen und Mehrgenerationenhäuser sind grundsätzlich schöner zu planen, nur besteht die Notwendigkeit sich um alte und kranke Menschen zu kümmern. Vielleicht ist es sinnvoll grundsätzlich von Bewohnern und nicht von Obdachlosen zu sprechen, da die Männer im Isenbergheim bereits langjährig wohnen und nicht von Obdachlosigkeit bedroht sind.

Die Fraktion der Grünen fragt, warum die Bewohner nicht während der Sanierungsphase im Isenbergheim bleiben können.

Herr Reetz führt aus, dass das Haus komplett saniert werden muss, so befinden sich die Toiletten derzeit auf dem Flur, die Heizung fällt aus etc. Die umfangreichen Arbeiten können auch nach Rücksprachen mit dem Architekten nur bei einem leerstehenden Gebäude durchgeführt werden.

Das Haus Hügel eignet sich nur als Zwischenlösung, da für eine kontinuierliche Unterbringung die Räume lt. Heimaufsicht zu klein sind. Die Bewohner müssen schriftlich ihr Einverständnis zu dem Umzug in die kleineren Räume erklären. Auf Grund der bestehenden Ressourcen ist der Umzug mit geringen Mitteln möglich.

Herr Schmidt verweist auf die absehbare Lücke zwischen den angesprochenen Nutzungen. Auch erachtet er das Haus Hügel für gehbehinderte Personen auf Grund des Gefälles als nicht gut geeignet.

Der Zeitraum zwischen der Nutzung als Wohnheim und einem Hospiz kann von der Inneren Mission getragen werden. Die Evangelische Kirche ist zudem an der Realisierung eines Hospizes interessiert, da es noch kein kirchliches in Bremen gibt.

Herr Reetz kündigt an, dass die Nachbarn des Haus Hügel zu einem Treffen vor Ort eingeladen werden und das Vorhaben vorgestellt wird.

Herr Scharf erkennt keine Alternative zum Haus Hügel und drängt auf eine Entscheidung des Beirates.

Herrn Degenhard erscheinen die Gründe nachvollziehbar. Er stellt den christlichen Aspekt heraus.

Frau Sprehe hält es für legitim, nach einer Folgenutzung zu fragen. Auf Ihre weitere Nachfrage teilt Herr Klauner mit, dass das Gebäude Alarm gesichert sei. Es besteht eine Abschaltung zur Polizei und zu einem Sicherheitsdienst. Außerdem existiert ein Alarmplan, Herr Reetz ist entsprechend ansprechbar. Darüber hinaus wird eine Nachbarin beschäftigt, regelmäßig nach dem rechten zu gucken.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

1. Der Beirat stimmt der Zwischennutzung im Haus Hügel als Wohnheim für die Dauer des Umbaus des Isenbergheims zu.
2. Der Ausschuss zur Beratung von Bauangelegenheiten wird sich mit dem folgenden Bauantrag befassen.
3. Der Beirat bittet den Verein für Innere Mission das Ortsamt und den Beirat eng an der weiteren Planung für die Folgenutzung zu beteiligen. Die Kommunikation von Informationen zu dem Umbau und insbesondere der Folgenutzung als Hospiz soll direkt und nicht über Kirchenzeitungen o.ä. erfolgen.
4. Der Beirat begrüßt, dass der Verein für Innere Mission zu einem Nachbarschaftstreffen einlädt. Diese Veranstaltung sollte möglichst zeitnah durchgeführt werden, so dass die angrenzende Wohnbevölkerung umgehend informiert wird. Auch das Ortsamt und der Beirat folgen einer möglichen Einladung gerne.

Ergebnis:

- einstimmig -

Die Sitzung wird von 19.55 Uhr bis 20.05 Uhr unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 4

Aufbau des Weihnachtsmarktes auf dem Sedanplatz

Der Vorsitzende begrüßt Frau von Glahn als Marktmeisterin. Zahlreiche Interessenvertreter, wie z.B. Frau Morgenstern von der Großmarkt GmbH, Herr Helms vom Vegesack Marketing e.V., Wochenmarktbesicker und Vertreter der Schaustellerverbände sind im Publikum.

Das Thema Weihnachtsmarkt begleitet das Ortsamt und den Beirat bereits seit Jahren. Die Aufenthaltsqualität ist zu verbessern, während die Qualität der angebotenen Waren unbestritten gut ist, reicht das Bemühen der Schausteller die Geschäfte an sich attraktiv zu gestalten nicht aus. Die bisherigen Bemühungen gestalteten sich leider außerordentlich schwierig. Der Bremer Weihnachtsmarkt, einer der besten in der Bundesrepublik, stellt für den Vegesacker Weihnachtsmarkt eine große Konkurrenz dar. Auch wenn hier der Vergleich nicht erreicht werden kann, sollte der Vegesacker Weihnachtsmarkt doch so attraktiv wie möglich

gestaltet werden. Der Vorsitzende ruft die Teilnehmer auf, über die Aufstellung nachzudenken, diese zu verändern und um so einen Qualitätsschub zu erzielen.

Frau von Glahn spricht sich ebenfalls für eine Steigerung der Attraktivität aus. Sie präsentiert einen Vorschlag für eine Aufstellung der großen Geschäfte auf einem Teil des Sedanplatzes. Mit der Konzentration der Stände und die Herstellung eines Rundlaufs soll eine größere Akzeptanz in der Vegesacker Bevölkerung hervorgerufen werden. Die Bäume des Sedanplatzes können mit geschmückt und in den Markt einbezogen werden. Insgesamt könnte der Markt wesentlich festlicher gestaltet werden.

Der Vorschlag greift auf die Aufstellung des Weihnachtsmarktes vor dem Bau der Markthalle auf. Mit diesem Bau ist der Weihnachtsmarkt freiwillig in die Fußgängerzone gezogen. Da sich diese zerrissene Aufstellung allerdings nicht bewährt hat, möchten die Weihnachtsmarktbesucher auf den Sedanplatz zurückziehen. Trotz der Konzentration der Geschäfte und des Rundlaufs soll ein Durchgang für die Besucher des Wochenmarktes geschaffen werden, so dass keine räumliche Trennung der beiden Märkte erfolgt. Zum letzten Weihnachtsmarkt scheiterte diese neue Aufstellung am Veto der Großmarkt Bremen GmbH mit den Wochenmarktbesuchern.

Frau von Glahn stellt fest, dass im Winter, insbesondere Ende November und im Dezember viele Flächen auf dem Wochenmarkt frei sind und dokumentiert dieses mit Fotos. Auf Grund schlechter Witterungsverhältnisse und kalter Temperaturen können viele Marktbesucher ihre frischen Waren, wie Obst, Gemüse und Blumen, nicht anbieten. Es besteht also ausreichend Platz für den Weihnachtsmarkt, wenn die übrigen Wochenmarktstände zusammengerrückt werden.

Frau von Glahn schlägt vor, die kleinen Verkaufsstände weiterhin auf den zentralen Plätzen der Fußgängerzone, also auf der Ellipse und an der Kastanie vor Leffers aufzustellen. Sie bittet die Teilnehmer um eine Stellungnahme, die anschließend mit dem Planentwurf dem Innenressort zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Herr Degenhard kritisiert die bisherige Zerrissenheit des Weihnachtsmarktes und führt als positives Beispiel den kleinen Weihnachtsmarkt auf dem Botschafter-Duckwitz-Platz an.

Frau Sprehe merkt an, dass durch die Zerrissenheit keine Atmosphäre entstehen konnte. Sie bewertet den Vorschlag zur neuen Aufstellung als sehr gut und bedankt sich bei den Schaustellern, dass sie trotz der widrigen Umstände regelmäßig den Weihnachtsmarkt unterstützt haben.

Es muss eine Interessenabwägung zwischen denen des Wochen- und denen des Weihnachtsmarktes stattfinden.

Frau Spiegelhalter-Jürgens spricht sich ebenfalls für eine Konzentration der Weihnachtsmarktstände auf dem Sedanplatz aus. Sie regt eine Erweiterung des Marktes um Kunsthandwerksstätten und Kinderattraktionen an, um ein Alleinstellungsmerkmal aufzuweisen. Des Weiteren könnten bei Bedarf die Frischemarktstände evtl. in die Fußgängerzone ziehen.

Frau Morgenstern verweist auf den logistischen Aufwand, den eine Umstellung der Verkaufsstände mit sich bringen würde. Da der Wochenmarkt den Sedanplatz 155 Tage im Jahr bestellt, müssten für ihn Zugeständnisse gemacht werden.

Herr Buchholz spricht sich dafür aus, die Weihnachtsmärkte Vegesacks auf den Sedanplatz und den Botschafter-Duckwitz-Platz zu beschränken und keine weiteren Geschäfte in der Fußgängerzone zu platzieren.

Eine Wochenmarktbesucherin kritisiert die mangelhafte Schneeräumung in den Wintermonaten auf dem Sedanplatz. Schneeberge werden aufgehäuft, so dass die Marktkaufleute gezwungen sind, ihre Wagen an anderen Stellen aufzubauen. Mit einer Umstellung der Geschäfte sind Umsatzeinbußen für die Betreiber verbunden.

Dieser Einschätzung schließt sich ein weiterer Marktbetreiber an. Bereits ab einer Verrückung von 10 bis 15 Meter sind Einbußen zu verzeichnen. Die Kunden finden ihre Stammstände nicht mehr.

Dem Halten die Betreiber des Weihnachtsmarktes entgegen, dass die derzeitige Aufstellung der Weihnachtsmarktstände ebenfalls mit Umsatzeinbußen verbunden ist. Sie seien freiwillig mit ihren Ständen vom Sedanplatz in die Fußgängerzone umgezogen und bedauern sehr, dass die Wochenmarktbesucher sich nun entgegen anderer Ankündigung weigern auf dem Sedanplatz eine Fläche für den Weihnachtsmarkt zur Verfügung zu stellen.

Dieser angeführten Absprache widersprechen die Wochenmarktbesucher.

Herr Degenhard appelliert an die Parteien, einen Kompromiss im Sinne der Bürger, die sich über einen Weihnachtsmarkt und einen Wochenmarkt auf dem Sedanplatz freuen würden, zu finden.

Auf Nachfrage von Herrn Borchers merkt Herr Helms an, dass das Vegesack Marketing einen gemeinsamen Einigungsprozess gerne unterstützen wird.

Eine Wochenmarktbesucherin kündigt ihre Kompromissbereitschaft an und bittet zur Realisierung einer gemeinsamen Nutzung des Sedanplatzes um eine adäquate Schneeräumung.

Nach dem der Vorsitzende dieses positive Signal aufgegriffen hat, sprechen sich weitere Wochenmarktbesucher für eine Einigung aus.

Seitens der Weihnachtsmarktbesucher wird zudem die Finanzierung des Weihnachtsschmuckes durch das Vegesack Marketing angeregt.

Herr Pörschke spricht die Dauer des Weihnachtsmarktes an, evtl. wäre es sinnvoll diese zu verkürzen und so weitere Anbieter gewinnen zu können. Das Vegesack Marketing sollte überlegen, wie die Wegeachse Fußgängerzone zwischen den Plätzen ansprechend gestaltet werden kann.

Der Vorsitzende fasst die Diskussion zusammen und stellt folgenden Beschlussvorschlag vor:

1. Der Beirat stimmt grundsätzlich der Planung des Stadtamtes zu.
2. Als weiteren Standort schlägt der Beirat den Botschafter-Duckwitz-Platz statt der Ellipse vor. Zu dieser Verlagerung ist das Vegesack Marketing zu beteiligen.
3. Das Stadtamt wird aufgefordert, mit der Großmarkt GmbH eine einvernehmliche, gemeinsame Lösung für den Wochenmarkt während der Zeit des Weihnachtsmarktes zu finden.
Möglicherweise können die regelmäßig auftretenden Geschäfte im vorderen Bereich konzentriert werden, so dass sie durch die nur sporadisch anwesenden Geschäfte nach hinten hin ergänzt werden. Die Stammbesucher wären mit dieser Lösung stets im vorderen Bereich und könnten somit eine Verlässlichkeit für ihre Kunden herstellen.
4. Das Stadtamt wird gebeten zu prüfen, ob eine Verkürzung des Weihnachtsmarktes wirtschaftlich wäre. Zum Einen ist zu prüfen, ob durch eine Verkürzung weitere Schausteller gewonnen werden können und zum Anderen, ob bei einer Verkürzung die Veranstaltung für die bestehenden Schausteller wirtschaftlich bleibt.
5. Das Stadtamt wird aufgefordert, eine ausreichende Schneereinigung zu veranlassen, so dass die Marktbesucher ihre Plätze einnehmen können.

Ergebnis:

- einstimmig -

Tagesordnungspunkt 5 Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegen keine Anträge und Anfragen der Parteien vor. Dringlichkeitsanträge werden nicht vorgetragen.

Tagesordnungspunkt 6 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Der Vorsitzende verliest ein Anschreiben der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zur Sportfläche Fährer Flur. Die senatorische Behörde hat ihre möglichen Bedarfe und die des Amtes für Soziale Dienste eingehend prüfen lassen. Im Ergebnis würde demnach für den Stadtteil Vegesack kein weiterer Bedarf im Bereich der Spielförderung und Tagesbetreuung bestehen.

Frau Sprehe regt an, diese Thematik in der nächsten Beiratssitzung zu behandeln. In die Beratung sollen die Stellungnahmen weiterer Behörden, wie z.B. der Baubehörde einfließen.

Der Vorsitzende stellt folgende Mitteilungen vor:

Bewohnerparken im Bereich Wilmannsberg, Friedrich-Schild-Str. (zwischen Sagerstr./Wilmannsberg) sowie Sagerstr. und Aum. Heerweg)

Beschluss vom 14.06.2010 – Verkehrsausschuss

Beschluss vom 21.10.2010 – Sitzung des Beirates Vegesack

Die durchgeführte Begutachtung durch die Straßenverkehrsbehörde hat folgendes ergeben:

Bei Einrichtung eines Bewohnerparkgebietes sollte es sich um ein räumlich klar umrissenes Gebiet handeln. Daher wären die Bürgermeister-Wittgenstein-Straße und die Alte Hafenstraße teilweise mit einzubeziehen. Fraglich ist auch, ob die Anwohner der angrenzenden Hauptverkehrsstraßen Breite Straße, Aumunder Heerweg und Sagerstr. in den Kreis der Bevorrechtigten aufgenommen werden müssten, da diese ansonsten nicht einmal mehr die theoretische Möglichkeit auf einen legalen Parkplatz im öffentlichen Raum hätten. Es wurden weiterhin die Anzahl der derzeit vorhandenen legalen Parkstände im öffentlichen Raum aufgelistet. Es stehen in dem besagten Gebiet lediglich ca. 70 Parkstände + 2 allgemeine Behindertenparkplätze zur Verfügung.

Gem. Verwaltungsvorschrift zu § 45 Abs. 1 X. StVO dürfen innerhalb eines Gebietes mit Bewohnerparkvorrechten werktags von 09.00 bis 18.00 Uhr nicht mehr als 50 %, in der übrigen Zeit nicht mehr als 75 % der zur Verfügung stehenden Parkflächen für die Bewohner reserviert werden. Nicht für Bewohner reservierte Flächen sollen möglichst gleichmäßig unter Berücksichtigung ansässiger Wirtschafts- und Dienstleistungsunternehmen mit Liefer- und Publikumsverkehr sowie des Publikumsverkehrs von freiberuflich Tätigen in dem Bereich verteilt sein.

Es bedarf auf jeden Fall einer genauen Untersuchung durch ein Ingenieurbüro für Verkehrswesen, ob sich ein funktionierendes Bewohnerparkkonzept unter den genannten Bedingungen einführen lässt.

Nicht in jedem Fall ist das Bewohnerparken ein geeignetes Mittel, um Parkprobleme zur Zufriedenheit der Bewohner und anderer Nutzergruppen zu lösen.

Mögliche Nachteile des Bewohnerparkens hier zusammengefasst:

- Bewohner, die Nutzer einer Garage oder anderer privater Abstellflächen für PKW sind, erhalten keinen Bewohnerparkausweis und haben somit keine Möglichkeit ihr Fahrzeug im öffentlichen Raum abzustellen.
- Kostenloser Parkraum auf öffentlichen Straßen entfällt komplett (Aufstellung von Parkscheinautomaten)
- Bewohnern können für ihre Besucher kostenpflichtige Besucherkarten erhalten. Diese und die Bewohnerparkausweise sind im ASV, Herdentorsteinweg 49/50, 28195 Bremen zu beantragen. Das bedeutet einen finanziellen und zeitlichen Mehraufwand für Bewohner.
- Derzeit illegal genutzter Parkraum entfällt.
- Ein Anspruch auf einen, insbesondere unmittelbar vor der Haustür befindlichen Parkplatz besteht trotz Erwerb eines kostenpflichtigen Bewohnerparkausweises nicht.
- Es kann zu Verdrängungsverkehren kommen, da PKW-Fahrer auf angrenzende Wohngebiet ausweisen.

Ob die Einführung des Bewohnerparkens hier zum Tragen kommt, hängt schließlich von mehreren Faktoren ab:

- Es stehen ausreichende Finanzmittel sowohl für die Planungs- als auch die Umsetzungsphase zur Verfügung.
- Das beauftragte Ingenieurbüro findet entsprechende Bedingungen im dem genannten Gebiet vor, um ein tragfähiges Konzept erstellen zu können.
- Die Bereitschaft zur Mitwirkung des Stadtamtes (Verkehrsüberwachung) – insbesondere in der Anfangszeit - durch verstärkte Kontrollen ist gegeben.

Sofern unter den hier aufgeführten Umständen der Antrag zur Einführung eines Bewohner-Parkgebiets weiter verfolgt werden soll, wird die Straßenverkehrsbehörde die Finanzmittel für 2011 beantragen und, sofern diese bewilligt werden, weitere Veranlassungen vornehmen.

Herr Buchholz kritisiert die ablehnende und verhindernde Haltung des Amtes für Straßen und Verkehr sowie die Belehrung und Erweiterung des Amtes hinsichtlich der genannten Straßen.

Klärung der Bedarfsträgergemeinschaft für die ehemalige Sportfläche Fährer Flur Beschluss vom 11.11.2010 - Sitzung des Beirates Vegesack

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales teilt auf unser Schreiben mit, dass mögliche Bedarfe von den zuständigen Fachabteilungen der senatorischen Behörde und dem Amt für Soziale Dienste eingehend geprüft wurden. Der Senator für Finanzen hat mitgeteilt, dass bedauerlicherweise für den betroffenen Stadtteil derzeit kein weiterer Bedarf der Spielförderung und Tagesbetreuung vorhanden ist.

Dauerausstellung Spicarium im Alten Hafenspeicher Vegesack

Der Senator für Wirtschaft beantwortet die Fragen der FDP-Fraktion, Herrn Buchholz, wie folgt:

- Zu 1) *Welche Kriterien waren maßgeblich für die Findung einer Ausstellungsleitung?*
Die Ausschreibung der Stelle wurde am 02.02.2010 durch das Kulturbüro Bremen-Nord im Weserkurier geschaltet. Die maßgeblichen Kriterien für die Findung der Ausstellungsleitung sind im Ausschreibungstext der Anzeige fixiert. Insgesamt sind 39 Bewerbungen eingegangen. Die Lenkungsgruppe Hafenspeicher, in der das Kulturbüro Bremen-Nord, der Senator für Wirtschaft und Häfen, das Institute of New Dimension und die Wirtschaftsförderung Bremen vertreten sind, hat sich einstimmig in einem abgeschichteten Verfahren darauf verständigt, Frau Voigt die Leitung der Ausstellung im alten Hafenspeicher anzuvertrauen.

Frau Voigt ist Kulturwissenschaftlerin M.A.

- Zu 2) *Wie erfolgte die Vergabe der Kurzfilm-Aufträge? Gab es eine Ausschreibung? Wie viele Bewerber wurden überprüft? Mit welchem Ergebnis?*
Die Vergabe der Kurzfilm-Aufträge muss als künstlerische Leistung nicht öffentlich ausgeschrieben werden. Die Auftragsvergabe erfolgte durch die WFB. Der Regisseur und Autor Hans König wurde beauftragt.
- Zu 3) *Trifft es zu, dass Frau Kollmann zumindest für den Film über den Alten Hafenspeicher einen Vegesacker Regisseur und Filmemacher vorgeschlagen hat? Wenn ja: Wie wurde mit diesem Vorschlag umgegangen?*
Frau Dr. Kollmann hat die Interessensbekundung von Herrn Sabelhaus vorgetragen. Frau Dr. Kollmann ist nach Beratung in der Lenkungsgruppe Hafenspeicher dem Vorschlag des Kulturbüros Bremen-Nord gefolgt, Herrn König zu beauftragen.
- Zu 4) *Welche stabilen Fakten rechtfertigen die erneute Auftragsvergabe an den Stadt-Bremer Regisseur Hans König?*
Herr König hat sich als Regisseur Bremen-Nord wiederholt mit der Bearbeitung maritimer und lokaler Themen befasst. Allein Herr König hat ein Konzept für die Kurzfilme eingereicht.
- Zu 5) *Warum hat das Kulturbüro bei der Besetzung der Filme mit Laiendarstellern nicht auf das vor Ort renommierte Stadt-Theater zurückgegriffen?*
Auf den öffentlichen Aufruf im Weserkurier und in der Norddeutschen hat sich vom Stadt-Theater niemand gemeldet.
- Zu 6) *Welche Gründe haben zur Installation der sogenannten Kulturguides geführt?*
Die Bremer Bootsbau Vegesack hat sich in Kooperation mit diversen Partnern bei der Bremer Arbeit GmbH auf eine Maßnahme im Rahmen von Chance 50+ erfolgreich beworben. Für den Wettbewerbsaufruf der Bremer Arbeit GmbH hat die BBV ein Angebot eingereicht mit dem Titel: „Ihr sollt uns kennen lernen - Kultur und Tourismus in Bremen-Nord“ und mit diesem Angebot den Zuschlag erhalten.
- Zu 7) *Wie viele der Kulturguides kommen aus Bremen-Nord?*
Bei der ersten Maßnahmen kamen von 8 Personen 3 aus Bremen-Nord
- Zu 8) *Warum hat es das Kulturbüro bis heute unterlassen, den Vegesacker Beirat oder einen seiner Fachausschüsse entsprechen zu informieren?*
Der Beirat Vegesack wurde über das Projekt Dauerausstellung Spicarium im Alten Hafenspeicher Vegesack informiert.

Herr Buchholz merkt an, dass die Fragen nicht zufriedenstellend beantwortet wurden. Insbesondere die Frage 4 sei nicht ausreichend beantwortet worden.

Des Weiteren spricht Herr Buchholz die bestehende Anfrage zu den Ablösebeiträgen an.

Tagesordnungspunkt 7

Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe verweist auf die nächste Bürgersprechstunde am 28. Februar 2011 um 17.00 Uhr. Bei der letzten Sprechstunde war ein Bürger, der den Bereich der Lindenstraße angesprochen hat.

Frau Sprehe bedauert, dass die Beteiligung der Beiratsmitglieder zur Gedenkveranstaltung am 30. Januar 2011 auf dem Jakob-Wolff-Platz mangelhaft war.

Herr Wemken berichtet von der Konstituierung der Beirätekonzferenz am 27. Januar 2011. Das Protokoll und die Geschäftsordnung wird er an das Ortsamt und den Beirat weiterleiten. Des Weiteren teilt er mit, dass sich die Adhock-AG die Zahlen und die Verteilerschlüssel für das Anpassungskonzept der Kinder- und Jugendförderung angesehen hat. Die Anzahl der 6- bis unter 18-jährigen hat für die Stadtteile in Bremen-Nord abgenommen. Würde die Gewichtung wie bisher erfolgen, würde den Jugendhilfeträgern weniger Geld aus dem Anpassungskonzept zugewiesen werden können. Sie berichten allerdings, dass sich die Anzahl der Jugendlichen, die ihre Einrichtungen aufsuchen, nicht reduziert hat.

Tagesordnungspunkt 8
Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Herr Scharf bittet um Auskunft zum aktuellen Sachstand bzgl. der Reparatur der Brücke am Warnemünder Weg.

Dornstedt
Vorsitzender

Jantz
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin